

Beschluss

## **Der Ukraine in der Europäischen Union eine Beitrittsperspektive bieten**

Bündnisgrüne Europapolitik ist eine Politik der Öffnung gegenüber dem Osten unseres Kontinents. Deshalb ist die Forderung einer EU-Beitrittsperspektive für die Ukraine ein Bestandteil unserer Europapolitik.

Es gilt nicht nur die guten Beziehungen Deutschlands zur Ukraine zu nutzen, sondern vor allem eine Annäherung an die Europäische Union voranzutreiben. Die Ukraine muss von der Europäischen Union als eigenes Thema begriffen werden. Der Dialog muss auf verschiedenen Ebenen intensiviert werden.

Während der Regierungszeit von Präsident Juschtschenko konnte sicherlich nicht von einer funktionierenden Demokratie gesprochen werden, aber die demokratischen Grundrechte, wie Pressefreiheit, Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit, wurden größtenteils geachtet. Es konnte sich eine pluralistische Zivilgesellschaft entwickeln.

Diese Entwicklungen in Richtung parlamentarischer Demokratie und pluralistischer Gesellschaft werden seit der Wahl von Viktor Janukowitsch zum Präsidenten der Ukraine im Februar 2010, Schritt für Schritt rückgängig gemacht. Die parlamentarische Opposition, Medien und zivilgesellschaftlichen Akteure werden gezielt eingeschüchert. Die verstärkte Prüfung der Tätigkeit westlicher Stiftungen in der Ukraine, das spurlose Verschwinden des Charkiwer kritischen Journalisten Wassyl Klimentjew, das Verprügeln des Chersoner Journalisten Dementij Belyj, der psychologische Druck auf die Medienaktivistin Viktoria Sjumar und die Vorladung des bekannten Bloggers Serhij Schykarenko zum Geheimdienst SBU sind nur einige Beispiele der neuen Spielart in der ukrainischen Politik. Viktor Janukowitschs wichtigstes Instrument für diese Aktionen ist der nach dem Vorbild des russischen FSB umgestaltete Geheimdienst SBU. Dieser spricht in Universitäten und bei Fernsehredaktionen vor, um politisch aktive Studierende genauso vom Studium auszuschließen wie „Empfehlungen“ auszusprechen, welche JournalistInnen von der politischen Führung akzeptiert werden. Es herrscht nach Aussagen ukrainischer AktivistInnen eine Atmosphäre der Einschüchterung.

Die letzten Regierungsjahre von Präsident Juschtschenko und Premierministerin Timoschenko waren geprägt durch eine lähmende politische Polarisierung einerseits und dem von häufigen Fraktionswechseln, unklaren Mehrheitsverhältnissen und taktischen Plänkeleien geprägten Parlament andererseits. Eine Verfassungsreform blieb daher eine der vordringlichen Aufgaben auch der neuen Regierung.

Sicher ist, dass Präsident Viktor Janukowitsch die Macht des Präsidentenamts formal gestärkt hat, indem er per Verfassungsgerichtsurteil eine Regelung wieder aufheben ließ, die in Folge der Orangen Revolution eine Machtteilung zwischen dem Parlament und dem Präsidenten bestimmte. Vor der Befassung des Verfassungsgerichts mit diesem Fall ließ Viktor Janukowitsch einige der Richter durch ihm getreue Juristen ersetzen.

Frauen werden zunehmend aus der Politik gedrängt. Zusätzlich wurden in den Parlaments- und Regierungsgebäuden Kleidervorschriften für Staatsbeamtinnen und Besucherinnen erlassen, die für Frauen diskriminierend sind.

Es entsteht der Eindruck, dass die aktuelle politische Führung kein großes Interesse mehr an einer schnellen Integration in die EU hat (ausgenommen sind Visafreiheit für UkrainerInnen, Freihandelszone und Assoziierungsabkommen mit der EU). Zwar betont Viktor Janukowitsch immer wieder die Nähe zur EU, handelt jedoch eindeutig im Widerspruch dazu. Stattdessen wendet er sich immer stärker in Richtung Russland. Seine Macht sichert Viktor Janukowitsch nach dem Vorbild Putins durch die Rücknahme wichtiger demokratischer Reformen, die nach der Orangen Revolution durchgeführt wurden. Umso wichtiger ist es, die Visafreiheit ukrainischer BürgerInnen für Kurzaufenthalte in der Europäischen Union zu erreichen.

Grundsätzlich begrüßen wir die Verbesserung der Beziehungen der Ukraine zu Russland. Wichtig ist dabei aber, dass die Ukraine aus eigenem nationalen Interesse handeln kann. Eine EU- beziehungsweise Russland-Annäherung für die Ukraine ist nicht nur eine außenpolitische Frage. Es geht viel mehr um die Grundsätze der inneren Ordnung des Landes: entweder europäische Werte wie Demokratie, Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit oder gelenkte Demokratie, oligarchischer Kapitalismus und Korruption. Gerade in dieser Hinsicht ist nach dem Machtwechsel in Kiew eine qualitative und spürbare Änderung des Entwicklungsparadigmas zu beobachten: Präsident Viktor Janukowitsch baut mit Hilfe der Partei der Regionen offensichtlich an einer gelenkten Demokratie nach russischem Vorbild.

Die Ukraine befindet sich auf der Rückkehr zu einem autoritären Regime.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN arbeiten in der Ukraine mit aktiven Frauenorganisationen, UmweltaktivistInnen, HistorikerInnen, MenschenrechtsaktivistInnen und KünstlerInnen seit mehreren Jahren gut zusammen. Diese Arbeit wird durch das Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Kiew unterstützt, das im stetigen Dialog mit den pro-demokratischen Kräften steht.

Die Bundesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert die Bundesregierung auf:

- ◆ regelmäßige Regierungskonsultationen mit der Ukraine wieder aufzunehmen und dabei negative Entwicklungen im Land anzusprechen, insbesondere die:
  - ◆ weitgehende Rücknahme der demokratischen Errungenschaften der Orangen Revolution (politischer Pluralismus, freie Medien, Versammlungsfreiheit),
  - ◆ zunehmende Benachteiligung von Oppositionsparteien und – bewegungen,
  - ◆ Einschränkung der Versammlungsfreiheit für NGO-AktivistInnen und aktive BürgerInnen,
  - ◆ Zensur und Repressalien gegenüber unabhängigen Medien,
  - ◆ Zensur durch die Moralkommission in der Ukraine,
  - ◆ Verstärkung des Einsatzes des Sicherheitsdienstes der Ukraine (SBU) als politisches Instrument gegen Opposition und Zivilgesellschaft,
  - ◆ Diskriminierung von Frauen, speziell auf dem Arbeitsmarkt und bei der politischen Teilhabe;
- ◆ zusätzliche Mittel zur Förderung der Zivilgesellschaft in der Ukraine bereitzustellen;
- ◆ sich für den Ausbau der Zusammenarbeit zwischen ukrainischen Hochschulen und Universitäten innerhalb der EU einzusetzen;

- ◆ die Kommunen und deren Spitzenverbände zu ermutigen, Städtepartnerschaften und andere kommunale Kooperationen zu intensivieren, wie etwa zwischen Freiburg und der ukrainischen Stadt Lwiw oder Nürnberg und Charkiw, um durch diese Austausche die demokratischen Reformen auf der lokalen Ebene zu unterstützen;
- ◆ ein deutsch-ukrainisches Jugendwerk ähnlich dem deutsch-polnischen Jugendwerk aufzubauen;
- ◆ eine Roadmap zur Visafreiheit ukrainischer BürgerInnen für Kurzaufenthalte auszuarbeiten.